

## VII. Verhandlungen der Reichsräte über den polnischen Thronstreit, die Handhabung gemeinen Friedens und die Gesandtschaft nach Moskau.

Nachdem bis zum 26. August alle Artikel der Proposition bis zum ersten Reichsgutachten gefördert worden waren (S. 344), liess Maximilian den Ständen seine Repliken über den zweiten und sechsten Punkt zustellen, forderte sie aber gleichzeitig auf, zunächst die schon einmal (S. 339) hinausgeschobene polnische Sache, die wichtig und gefährlich sei, vorzunehmen<sup>1)</sup>.

Es würde den Rahmen dieser Darstellung weit überschreiten, wenn wir die bisherige Entwicklung dieser Frage, sowie der damit in engem Zusammenhange stehenden Angelegenheiten der Türkenliga und des Bündnisses mit Russland auch nur in kurzen Zügen schildern wollten<sup>2)</sup>. Es möge genügen zu bemerken, dass der Kaiser jetzt einem kriegerischen Vorgehen infolge günstigerer Nachrichten über die Stimmung in Polen vielleicht geneigter als zu Beginn des Reichstages<sup>3)</sup>, jedoch noch keineswegs zu einem solchen entschlossen war, und dass

1) Bathory hatte den Anhängern des Kaisers auferlegt, ihm bis zum Feste von St. Michael (29. Sept.) zu huldigen, widrigenfalls ihre Güter eingezogen werden sollten. Die in Regensburg anwesenden Polen hatten Max. daraufhin gebeten, sich endlich zu entschliessen oder sie zu beurlauben (Wierzbowski 480; Hansen II 184).

2) Die Entwicklung der Dinge in Polen und die Politik der Kurie, die ursprünglich ganz auf Seiten Maximilians (s. oben S. 250) stand, dann aber immer mehr in eine Mittelstellung zwischen beiden Thronprätendenten geriet, sind durch die Publikationen von Wierzbowski und Hansen vollständig aufgeheilt. Noch nicht ganz klar erkennbar sind dagegen die wechselnden Ansichten des Kaisers. R. Nisbet Bain (s. oben S. 231 A. 3) giebt hierüber sehr wenig.

3) In seiner ersten Audienz (am 19. Juni) hatte Morone den Kaiser gefunden „inclinatissimo a non mover armi“ (Hansen II 53). Am 14. Aug. dagegen sprach Max. sich dem Herzog von Bayern gegenüber dahin aus, er sei entschlossen, wenn er von einer Anzahl einzelner Fürsten unterstützt würde, das Unternehmen nötigenfalls auch ohne Reichshilfe zu wagen (ib. 120, vgl. auch 113). Als festen endgiltigen Entschluss kann man diese Erklärung allerdings wohl nicht betrachten. — Darüber, von welchen Fürsten man sich Unterstützung versprach, vgl. ib. 139, 183.

fortwährend einander widerstreitende Einflüsse auf ihn geltend gemacht wurden<sup>1)</sup>.

Von den Ständen war bei ihrer Scheu vor auswärtigen Verwicklungen und bei dem Misstrauen, mit dem viele von ihnen jede Machterweiterung des Habsburgischen Hauses betrachteten<sup>2)</sup>, von vornherein wenig zu erwarten. Landgraf Wilhelm, der als Beispiel angeführt werden möge, hatte sich schon Ende Januar dahin ausgesprochen, dass die Annahme der Krone seitens Maximilians bedenklich sei<sup>3)</sup>. In seiner Reichstagsinstruktion hatte er dann einen Krieg entschieden widerraten und statt dessen Verhandlungen durch Sachsen und Brandenburg vorgeschlagen, mit dem Ziele, Preussen und Livland für das Reich zurückzugewinnen. Kurfürst Friedrich wünschte, dass die Stände sich auf die Sache gar nicht einliessen, und dass Maximilian rundweg auf das Königreich ver-

1) So drängten die in Regensburg anwesenden Polen, namentlich der Führer der kaiserlichen Partei, Adalbert Laski, Palatin von Sieradz, aufs heftigste zum Kriege. Die vornehmsten ksl. Räte wie Trautson und Weber waren dagegen (Wierzbowski 468, Gerlach 250). Der entschiedenste Gegner jedes gewaltsamen Vorgehens war jedoch Schwendi, „welcher“, wie die sächsischen Gesandten am 21. August meldeten (Dr. A. 10200 RSachen f. 163) „unverholen der meinung, do Ire Mt. sich zu solchem kriegswesen vermügen lassen, so sein sie verdorben und setzen sich, die erblande und das gantze reich in gefahr“. Zwischen ihm und Laski kam es im Beisein Maximilians zu einem scharfen Wortwechsel (Hansen II 183). Der bayrische Gesandte Dr. Nadler behauptet sogar, er habe den Absichten des Kaisers direkt entgegengewirkt. „Wievil die kai. mt. meins bedungkens lust hat, die cron Polen etc. mit schwert zu verfechten und auch Laski heimlich mit etlichen obristen practicirt, sovil vleis wendet der Schwendi an, dieselben ritmaister und obristen abwendig zu machen und jedermann einzubilden, der kaiser fahe ein torecht und unmuglich werk an“ (1. Sept., M. St. A. 161/12 f. 460, L. E.). Thatsächlich fanden Werbungen in Regensburg statt (vgl. Gerlach 250). Die sächsischen Räte berichten am 26. Aug., der Hrz. Christoph von Mecklenburg sei unter dem Namen von Örtzen anwesend und wolle sich auf 1000 Pferde und ein Regiment Knechte bestellen lassen.

2) Minucci sieht dies als den eigentlichen Grund der ablehnenden Haltung der Stände an, Hansen II 183.

3) Instruktion für die Wolkersdorfer Zusammenkunft, s. oben S. 192 f.

zichte<sup>1)</sup>. Bei ihm mochte auch seine Besorgnis für die polnischen Protestanten mitwirken. Man hatte wohl nicht ganz Unrecht, wenn man meinte, dass er Bathory geradezu begünstige<sup>2)</sup>.

Aber auch diejenigen Fürsten, die entschieden auf Seite des Kaisers standen und ihm bereits ihre Unterstützung verheissen hatten, rieten jetzt von bewaffnetem Vorgehen ab. So erklärten die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg und der Herzog von Bayern, die Maximilian zu Beginn des Reichstages (am 25. Juni) um ein gemeinsames Bedenken ersucht hatte<sup>3)</sup>, in einem Gesamtschreiben, welches kurz vor Mitte August in die Hände des Kaisers gelangt sein wird, dass sie unter den veränderten Verhältnissen den Krieg nicht mehr empfehlen könnten. Eine gütliche Auseinandersetzung könne vielleicht durch den Legaten versucht werden<sup>4)</sup>. Da dieser aber schwerlich genügende Vollmacht haben werde, solle Maximilian die Sache lieber baldigst den Ständen unterbreiten, damit diese die Verhandlungen durch einen angesehenen Reichsfürsten führen liessen. Auf die Anfrage des Kaisers wegen der Türkenliga gingen sie gar nicht ein<sup>5)</sup>.

Daran, dass das Reich sich in seiner Gesamtheit weiter einlassen würde, als diese Fürsten, war von vornherein nicht zu denken. Die Gesandten gingen überhaupt nur mit Widerstreben an die Beratungen heran, und mehrere entzogen sich

1) Vgl. seine Instruktion, Häberlin X 229 ff., ferner Kl. II 956 A. 2, 962. Anknüpfung von Unterhandlungen wegen der Rückgewinnung Preussens und Livlands lehnte er in der Instruktion ab. Später kam er beiläufig darauf zu sprechen (Kl. II 977).

2) Hansen II 139.

3) Max. scheint angenommen zu haben, dass auch Johann Georg nach Sachsen kommen würde. Da dies nicht geschah, musste die Verständigung zwischen ihm einerseits, August und Albrecht andererseits brieflich erfolgen.

4) Dass der Papst bereit sei, die Vermittlung zu übernehmen, hatte Morone bereits am 12. Juli dem Kaiser angedeutet (Hansen II 83). Dieser war jedoch darauf nicht weiter eingegangen.

5) (Cop.) Dr. A. 10198 Reg. RHändel fol. 151 ff. Das Bedenken ist datiert Dresden 21. Juli, wurde aber zunächst dem Brandenburger zur Unterschrift zugesandt und erst von diesem nach Regensburg geschickt.

denselben durch vorherige Abreise, indem sie ihre Stimmen allerdings anderen übertrugen <sup>1)</sup>. Die Protestanten waren noch dazu — einen irgend wie massgebenden Einfluss auf ihre Haltung in der polnischen Frage hat dies allerdings nicht geübt — durch die vor wenigen Tagen erfolgte Zurückweisung ihrer konfessionellen Anliegen verstimmt <sup>2)</sup>.

Im Kurrate, wo die Verhandlungen am 28. August aufgenommen und in den nächsten Tagen erledigt wurden, trat nur Köln für den Krieg ein, mit der Begründung, dass man den Kaiser ohne Verkleinerung der deutschen Nation nicht verlassen könne. Die anderen erklärten sich sämtlich — im Sinne der sächsisch-brandenburgisch-bayrischen Vorschläge — gegen ein gewaltsames Vorgehen und für gütliche Verhandlungen. Die Wahl der Vermittler wurde Maximilian anheimgestellt, nachdem in den Beratungen u. a. auch des Papstes gedacht worden war. Sämtliche Bedenken gegen den Krieg beschloss man in eine Schrift zusammenzufassen, wegen der Geheimhaltung jedoch nur einen Teil derselben dem Fürstenrate zu referieren, die übrigen dem Kaiser direkt mitzuteilen <sup>3)</sup>.

Ähnlich verliefen die Verhandlungen in dem am 28. August vom Fürstenrate gewählten Ausschusse. Hier sprach sich Österreich für bewaffnetes Einschreiten aus; einige Geistliche scheinen sich ihm angeschlossen zu haben. Die bayrischen Räte votierten, Maximilian sei nicht zu raten, die Krone Polen ohne weiteres aufzugeben und sich selbst mit Bathory in

1) Räte an August 21. Aug., Dr. A. 10200 RSachen f. 173. — Dr. Nadler bringt — jedenfalls unrichtig — das Abziehen der Gesandten mit den auf die Religionssachen bezüglichen Erklärungen des Kaisers in Beziehung (28. Aug., Orig. M. St. A. 161/12 f. 456, L. E.). Der Hauptgrund war sicher der, dass die Kosten für die kleineren Stände zu hoch aufliefen (vgl. die Ausgaben der wolfenbüttelschen Gesandtschaft, Hist. Misz. II 137 ff.). — Am 27. August liess der Kaiser öffentlich bekannt machen, dass ohne seine Erlaubnis niemand abreisen solle (Wett. Prot.).

2) Die bayrischen Räte berichten am 1. Sept. „in summa, die protestierenden, seit der beschaid in negocio religionis wider sy ergangen, lust sy nit, der Kai. Mt. im wenigsten wie im meisten zu helfen“ (M. St. A. 162/11 f. 131, L. E.).

3) Räte an August 30. Aug., Dr. A. 10200 RSachen f. 216.

Verhandlungen einzulassen. Wenn aber Sachsen und Brandenburg proprio motu unterhandeln wollten, so werde das dem Herzoge wohl nicht zuwider sein <sup>1)</sup>. Die übrigen, namentlich die protestantischen Gesandten, wandten sich entschieden gegen einen etwaigen Krieg. Die Führung des polnischen Titels stellte man dem Ermessen des Kaisers anheim. Die Absicht des Ausschusses, das Bedenken, damit es nicht allgemein bekannt und Bathory nicht dadurch in seinem »unbilligen Vorhaben« gestärkt würde, Maximilian direkt vorzubringen, scheiterte daran, dass dieser, schwer erkrankt, keine Audienz geben konnte. Man musste sich entschliessen, es in der üblichen Weise dem gesamten Rate zu referieren. Dieser schloss sich (3. Sept.) dem Ausschuss an und verglich sich mit den Kurfürsten über eine gemeinsame Relation, die jedoch nicht zum Abschreiben gegeben wurde <sup>2)</sup>. In derselben rieten die Stände vom Kriege durchaus ab und empfahlen Unterhandlungen durch Vermittlung von Sachsen und Brandenburg, mit dem Zwecke, dass dem Kaiser oder dem Erzherzoge Ernst die Nachfolge nach Bathorys Tode gesichert werde <sup>3)</sup>. Nachdem sich am 6. d. M. noch die Städte damit einverstanden erklärt hatten, wurde die Schrift Maximilian zugestellt. Dieser gab auch jetzt den Gedanken eines gewaltsamen Vorgehens noch nicht ganz auf <sup>4)</sup>, wurde aber durch seine Krankheit, die bereits einen lebensgefährlichen Charakter anzunehmen begann, an weiteren Schritten gehindert. Ihre endgiltige Lösung fand die Frage erst durch seinen Tod <sup>5)</sup>.

1) Im Hess. und Wett. Prot. wird das bayrische Votum, das hier nach dem Berichte der Räte (vom 1. Sept.) selbst gegeben ist, irrtümlich als gleichbedeutend mit dem österreichischen betrachtet.

2) Über die Beratungen im Ausschuss und Fürstenrat: Hess. Prot. (mit ausführlicher Angabe der einzelnen Vota); Wett. Prot.; Räte an Albrecht 30. Aug. und 1. Sept., M. St. A. 162/11 f. 128, 131 (L. E.).

3) Hansen II 111 A. 1.

4) Berichte Morones vom 21. und 27. Sept., Hansen II 153, 158 f.; Referat Minuccis, ib. 183. — Am 7. Okt. meinten noch viele, wenn der Kaiser am Leben bleibe, werde er sich Polens mit den Waffen annehmen (ib. 167).

5) Der Papst, der einen Gesandten Bathorys schon über einen Monat hingehalten hatte und bei der Unschlüssigkeit Maximilians in die grösste

Nach der Erledigung der polnischen Frage wandte man sich der abermaligen Beratung des zweiten Propositionspunktes zu. In der Replik hatte der Kaiser seine Unzufriedenheit mit dem ersten Reichsgutachten (S. 342) nicht verhehlt und von neuem auf strenge Handhabung der Reichsordnungen und Bestrafung der Übertreter derselben gedrungen<sup>1)</sup>. Morone, von Como ermahnt, wenn nichts weiter zu erreichen sei, wenigstens dahin zu wirken, dass den niederländischen Rebellen der deutsche Zuzug abgeschnitten werde<sup>2)</sup>, und der spanische Gesandte mögen ihn hierzu angestachelt haben<sup>3)</sup>. Die Stände beschlossen jedoch nach ganz kurzer Beratung — im Fürstenrat wurde die Sache an einem einzigen Tage (4. August) erledigt<sup>4)</sup> — es durchaus bei ihrem ersten Gutachten bewenden zu lassen. Ebenso rasch und in demselben Sinne scheinen sie sich in bezug auf die moskowitzische Gesandtschaft schlüssig gemacht zu haben. Am 6. Sept. verglichen sich die beiden höheren Reichsräte über beide Punkte zuerst untereinander, dann mit den Städten<sup>5)</sup>.

### VIII. Entscheidung in Kontributions- und Religionsfrage.

Unterdessen hatte man, obwohl die an die Kurfürsten abgefertigten kaiserlichen Gesandten noch nicht zurückgekehrt

Verlegenheit geraten war, erkannte den Woywoden jetzt sofort als König von Polen an (Maffei I 231).

1) Häberlin X 75 ff.

2) Hansen II 92; auch später noch ähnliche Mahnungen, so am 1. Sept., ib. 146.

3) So vermutete auch Lgr. Wilhelm, die kaiserliche Replik möge auf Anstiftung „anderer Leute“ erfolgt sein, Kl. II 1006.

4) Im Kurrate, wo man mit der polnischen Frage eher fertig geworden war, muss das schon einige Tage früher geschehen sein. Am 7. Sept. wusste Kurf. Friedrich, wie er an Wilhelm schrieb, bereits, dass jener bei dem ersten Reichsgutachten, „welches denn zwar verfänglich und nachdenklich genug gestellt ist“, geblieben sei (M. A. R Akten II). Es scheint, dass er diese Mitteilung am gleichen Tage, nach Abfertigung des Schreibens an die Räte (Kl. II 996 f.), erhalten hatte.

5) Über die Beratungen vgl. u. a. Wett. u. Hess. Prot., über die beiden Reichsgutachten Häberlin X 77 f., 190 f.